

Burkard Steppacher

Schweizer Christdemokraten in der Zwickmühle. Wahlanalyse 2003

Die Parlamentswahlen 2003 in der Schweiz zeichnen sich durch eine erkennbare parteipolitische Polarisierung bei gleichzeitig geschwächter Mitte aus. In der Vierparteien-Koalitionsregierung droht der CVP der Verlust eines der beiden Bundesräte.

In der Schweiz fanden am 19. Oktober 2003 turnusgemäß Parlamentswahlen statt. Der Trend der letzten Wahlen: eine Stärkung der politischen Flügel bei deutlicher Schwächung der Mitte, hat sich auch diesmal fortgesetzt. Inwieweit dadurch die Zusammensetzung oder gar der generelle Fortbestand der seit 1959 unverändert bestehenden „übergroßen Regierungskoalition“ gefährdet sein kann, soll die folgende Wahlanalyse untersuchen.¹⁾

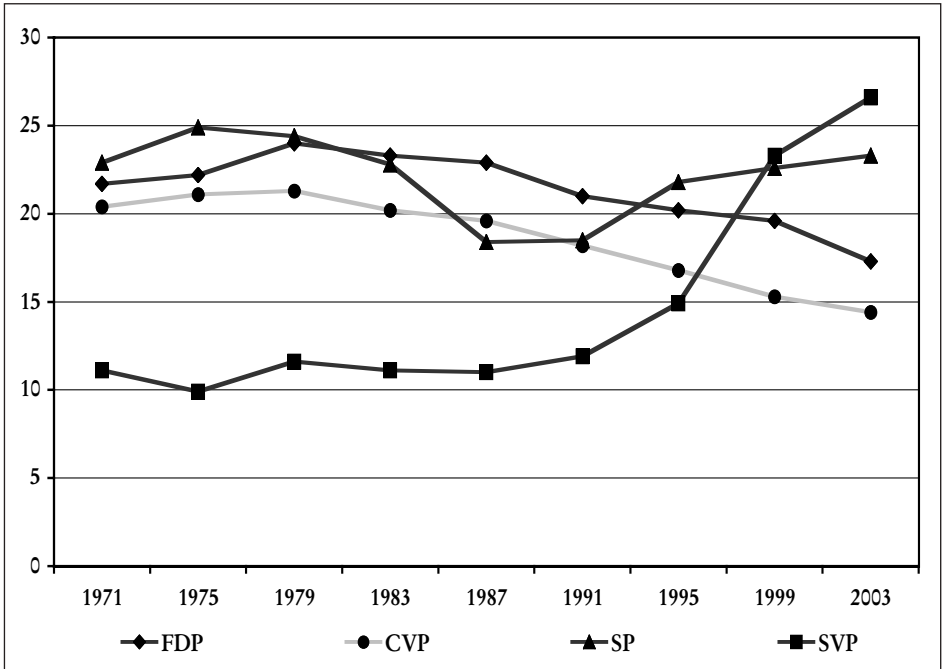
Vier Jahre nach den letzten Wahlen waren die Schweizer Stimmbürger und Stimmbürgerinnen aufgerufen, aus einer Vielzahl kantonal antretender Parteien (Listen und Listenverbindungen) in Gesamterneuerungswahlen die 200 Abgeordneten für den *Nationalrat* (große Kammer) neu zu bestimmen und ebenso in den meisten Kantonen auch die *Ständeräte* (je zwei Ständeräte, in den Halbkantonen je ein Ständerat) in die kleine Kammer zu wählen. Das Wahlrecht zur Festlegung der Landesvertreter ist dabei, wie so vieles in der Eidgenossenschaft, von Kanton zu Kanton verschieden.

Wahlergebnis

Das Wahlergebnis wird durch verschiedene Elemente geprägt, die eng miteinander verbunden sind:

Festzuhalten ist zunächst der erneute deutliche Zuwachs für die (national-)konservative *Schweizerische Volkspartei (SVP)*. Landesweit hat sie nach 14,9 Pro-

■ Grafik 1: Wählerstärke der Bundesratsparteien



zent im Jahr 1995 und 23,3 Prozent im Jahr 1999 mit nun 26,6 Prozent nochmals zugelegt und damit ihre Position als stärkste Partei klar verteidigt (vgl. Grafik 1). Durch Zugewinne insbesondere in der französischsprachigen Westschweiz konnte die SVP die Mandatszahl im Nationalrat von 44 auf 55 ausbauen und stellt nun die stärkste Fraktion.²⁾

Auch die Sozialdemokratische Partei (SP) konnte nochmals leicht auf 23,3 Prozent zulegen und hat künftig 52 Mandate im Nationalrat, einen mehr als 1999. Grund für die Verzerrungen zwischen prozentualem Ergebnis und Sitzen ist das Wahlrecht, bei dem jeder Kanton ein Wahlkreis ist.³⁾

Bei den zwei anderen Regierungsparteien, der Freisinnig-demokratischen Partei (FDP), seit 1848 ununterbrochen in der Landesregierung vertreten,⁴⁾ und der bürgerlich-zentristischen Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) setzte sich dagegen der bereits seit Anfang der achtziger Jahre feststellbare kontinuierliche Abschmelzungstrend fort, so dass die FDP nur mehr 17,3 Prozent (nach 19,6 Prozent im Jahr 1999) und die CVP nur mehr 14,4 Prozent (nach 15,3 Prozent im Jahr 1999) erzielte.

1) Bereits 1995 zeichneten sich merkliche Veränderungen ab: Vgl. dazu Burkard Steppacher, „Stabilität und tektonische Verschiebungen in der Schweiz“, in: KAS-Auslandsinformationen Heft 12/1995, S. 102–126.

2) Vgl. „Ende des Sonderfalls Romandie“, in: Neue Zürcher Zeitung vom 21.10.2003.

3) Siehe dazu unten den Abschnitt „Wahlrecht und Wahlsystem“.

4) Der Freisinn ist gewissermaßen die „Staatspartei“ im 1848 gegründeten schweizerischen Bundesstaat. Erst in den letzten Jahrzehnten ist hier eine Verringerung des politischen Gewichts auf „europäisches Normalmaß“ eingetreten.

**■ Tabelle 2: Wähleranteile in Prozent und Nationalratssitze
1995–2003**

	1995		1999		2003	
FDP	20,2	45	19,6	43	17,3	36 (- 7)
CVP	16,8	34	15,3	35	14,4	28 (- 7)
SP	21,8	54	22,6	51	23,3	52 (+ 1)
SVP	14,9	29	23,3	44	26,6	55 (+ 11)
GPS	5,0	8	5,0	9	7,4	13 (+ 5)
LPS	2,7	7	2,3	6	2,2	4 (- 2)
LdU	1,8	3	0,8	1	.	.
EVP	1,8	2	1,8	3	2,3	3 (-)
SD/NA	3,1	3	1,8	1	1,0	1 (-)
FPS/AP	4,0	7	0,9	0	0,2	-
Lega	0,9	1	0,9	2	0,4	1
PdA	1,2	3	0,7	2	1,4	2 (-)
EDU	1,3	1	1,3	1	1,3	2 (+1)
Sonstige	*	3	*	2	*	3
		200		200		200

Quelle: Bundesamt für Statistik
(<http://www.politik-stat.ch/nrw2003/CH>).
Zu den Abkürzungen s. unten im Abschnitt
„Die Parteien im Wahlkampf“.

Durch den Wechsel einzelner Nationalräte können sich Verschiebungen gegenüber früheren Tabellen ergeben.

Sonstige: 1999: Je ein Mandat für CSP / FR und SolidaritéS / GE
2003: Je ein Mandat für CSP / FR, Links-Alternative / ZG und SolidaritéS / GE

. = Keine Kandidatur
* = Prozentzahlen waren nicht verfügbar oder sind nicht aussagekräftig.

Zweiter Gewinner auf der Linken ist die *Grüne Partei der Schweiz (GPS)*, die gegenüber ihrem Ergebnis von 1999 (5,1 Prozent) nun um knapp die Hälfte auf 7,4 Prozent zulegen konnte und zu den bisherigen acht Nationalratssitzen fünf neue hinzugewinnen konnte.

Die übrigen Nicht-Bundesratsparteien haben weiter an Boden verloren: Hauptverlierer bei den Kleinen ist diesmal die *Liberale Partei der Schweiz (LPS)*, die traditionell einen Schwerpunkt in der französischsprachigen Westschweiz hat. Gerade dort verlor

sie aber am meisten Stimmen. Von zehn Sitzen im Nationalrat Anfang der neunziger Jahre wurde sie kontinuierlich auf mittlerweile nur mehr vier Sitze zurückgeschnitten. Ihre Wähler wanderten vorwiegend zur SVP. In Basel verlor die LPS jetzt ihren einzigen verbliebenen Sitz in der Deutschschweiz und ist nunmehr im Parlament ausschließlich durch Romands vertreten.

■ Tabelle 3: Abkürzungen der Parteien

Bundesratsparteien	
FDP	Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz
SP(S)	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SVP	Schweizerische Volkspartei
Nicht-Bundesratspartei	
LPS	Liberaler Partei der Schweiz
LdU	Landesring der Unabhängigen (1999 aufgelöst)
EVP	Evangelische Volkspartei der Schweiz
CSP	Christlich-soziale Partei der Schweiz
GPS	Grüne Partei der Schweiz
PdA	Partei der Arbeit der Schweiz
SD	Schweizer Demokraten (ex Nationale Aktion)
EDU	Eidgenössisch-Demokratische Union
FPS	Freiheitspartei der Schweiz (ex Autopartei)
Lega	Lega dei Ticinesi

Bemerkenswert am Wahlergebnis ist auch die niedrige Wahlbeteiligung, die seit Ende der siebziger Jahre unter 50 Prozent liegt und sich mit diesmal 44,5 Prozent nur unwesentlich vom Allzeittief von 1995 fortbewegt hat. (Vgl. Grafik 4)

Die seit 1959 bestehende „übergroße Vierer-Koalition“ ging somit zwar aus den Nationalratswahlen zahlenmäßig gestärkt hervor (1995: 73,7 Prozent der Stimmen, 1999: 80,8 Prozent, 2003: 81,6 Prozent), allerdings wurden dabei vor allem deren Flügel so deutlich gestärkt, dass die fein austarierte „Zauberformel“ für die Zusammensetzung der Konkordanzregierung inzwischen nachdrücklich zur Diskussion gestellt wird.

■ Erste Überlegungen für die Regierungszusammensetzung

Die SVP fordert nun seit dem Wahlabend mit noch größerem Nachdruck als bisher einen zweiten Sitz in der siebenköpfigen Landesregierung, dies auf Kosten

5) Vgl. „Blocher drängt in die Schweizer Regierung“, in: *Die Welt* vom 21.10.2003.

6) Vgl. „Schweiz: SVP stellt Ultimatum“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21.10.2003.

7) Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 20.10.2003.

der geschwächten CVP. Konkret und geradezu ultimativ fordert Parteipräsident Ueli Maurer die Wahl des Zürcher SVP-Politikers Christoph Blocher zum Bundesrat.⁵⁾ Wenn die SVP für ihr Paradedpferd keinen zweiten Sitz erhalte, wolle sich die Partei ganz aus der Regierung zurückziehen.⁶⁾ Dies würde aber den Rücktritt eines der beiden nicht amtsmüden Bundesräte der CVP erfordern. Ob die CVP kampfflos einen ihrer beiden Bundesratssitze abgeben dürfte, ist derzeit ungewiss. Traditionell sind in der Schweiz Abwahlen aus der Landesregierung unüblich. Zu ersetzen ist zunächst nur der Posten des zurückgetretenen freisinnigen Bundesrates Villiger.

Ein zweiter Sitz für die SVP wäre nach dem Wahlergebnis zwar rechnerisch plausibel, inwieweit eine solche Veränderung in der Zusammensetzung des Bundesrates aber dem Kollegialorgan zugute kommt, ist fraglich. Die Konkordanzdemokratie erfordert die Bereitschaft zu Verständigung und Kompromiss. Dass dies schwierig werden könnte, zeigt indes schon die heftige Auseinandersetzung zwischen den SVP- und SP-Repräsentanten bei der zentralen Fernsehdiskussion am Wahlabend.

Diesen Konflikt versucht der dritte Wahlsieger, die Grüne Partei, sich zunutze zu machen, indem sie angesichts der ambivalenten Rolle der SVP als „Regierungs-Opposition“ deren Entfernung aus dem Bundesrat verlangt und unter Einbeziehung der Grünen eine Mitte-Links-Regierung fordert.⁷⁾ Es ist jedoch ebenso fraglich, ob eine Mitte-Links-Regierung (ohne den erneuten Wahlsieger SVP!) eine bessere, im Sinne einer längerfristig handlungsfähigen Lösung für die Schweiz wäre.

Grund für die Skepsis sind die Besonderheiten des politischen Systems der Schweiz, das sich in einigen Punkten von dem der übrigen europäischen Staaten unterscheidet.

■ Hintergrund: Verfassungsmäßige Besonderheiten mit Folgen

Seitdem gegen Ende des 19. Jahrhundert in mehreren Schritten weitreichende direktdemokratische Rechte in das Bundesrecht eingeführt wurden (zunächst in der Bundesverfassung von 1874, materiell erweitert im Jahr 1891), findet Opposition in der Schweiz nicht nur im Parlament statt, sondern auch und vor allem in

Form von *Initiativen* („Volksanregungen“/ Volksbegehren) und *Referenden* (Volksentscheiden).⁸⁾

Diese Grundprinzipien der eidgenössischen Rechtsetzung wurden auch durch die neue Bundesverfassung vom 18. April 1999 bestätigt. In der Regel viermal jährlich werden auf diese Art und Weise *Sachentscheide* an der Urne getroffen, mit der Konsequenz, dass Legislative und Exekutive einer ständigen Kontrolle und Korrektur durch den Stimmbürger unterstehen, mit allen positiven und negativen Begleiterscheinungen.

Schwache Parteien – starke Verbände

Durch diese direktdemokratischen Verfassungsselemente reduziert sich der Einfluss der politischen Parteien (Verlust des „Transmissionsmonopols“) und es steigt der Einfluss der Wirtschaftsverbände und sonstigen Interessengruppen auf den politischen Entscheidungsprozess. Anhörungsrechte bestehen im sogenannten „Vernehmlassungsverfahren“, das mittlerweile so breit durchgeführt wird, dass sich faktisch jede Organisation dabei artikulieren kann.

Trotz – oder gerade wegen – dieser umfangreichen Beteiligung der Verbände und Interessengruppen verlangsamt sich der politische Entscheidungsprozess drastisch. Notwendige Entscheidungen fallen oftmals zu spät oder gar nicht.

Starke Volksrechte – schwache Beteiligung

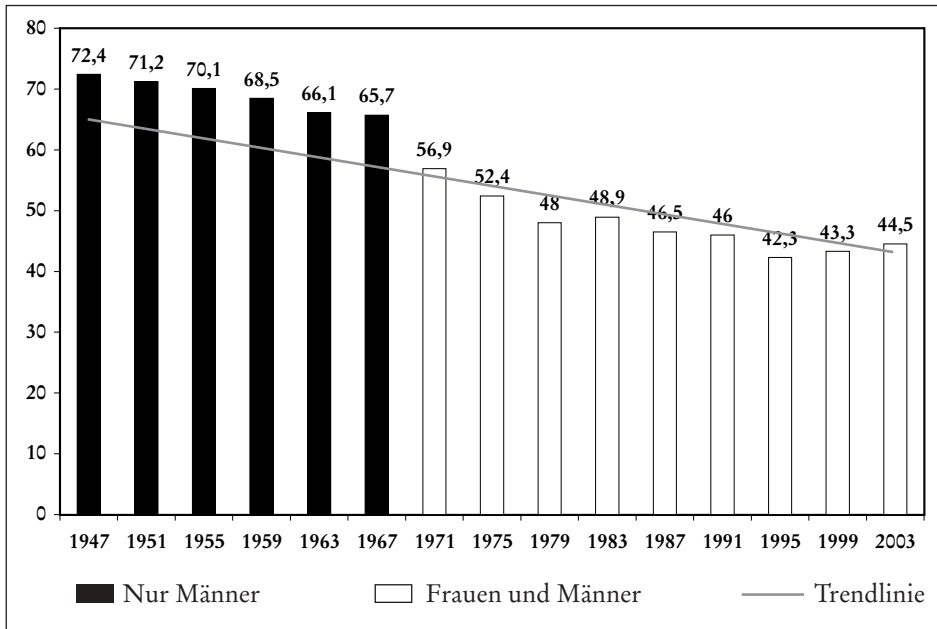
Eine weitere Konsequenz der direktdemokratischen Mechanismen ist aber auch die fast regelmäßig geringe Beteiligung sowohl bei Abstimmungen als auch bei allgemeinen Parlamentswahlen. Vergleichbar der Situation in anderen europäischen Ländern macht sich generell eine gewisse Überforderung oder Ermüdung bemerkbar. In der Schweiz wird dies verstärkt durch die Vielzahl nationaler, kantonaler und kommunaler Abstimmungsvorlagen.

Bei den Nationalratswahlen sank die Wahlbeteiligung seit Einführung des Proporzwahlsystems im Jahr 1919 mehr oder weniger kontinuierlich von 80 Prozent auf unter 45 Prozent, wobei der stärkste Rückgang in den siebziger Jahren festzustellen ist (Vgl. *Grafik 4*). Gleichwohl gibt es hier interessante kantonale Abweichungen, was auf das Vorhanden-

8) Schon die Bundesverfassung von 1848 kannte neben dem für damalige Zeiten fortschrittlichen allgemeinen Wahlrecht für Männer das Volksinitiativrecht zur Totalrevision der Bundesverfassung.

sein kantonal unterschiedlicher „politischer Kulturen“ verweist.

■ Grafik 4: Wahlbeteiligung bei den Nationalratswahlen seit 1947



Nur bei „großen“ und dabei strittigen Urnengängen wie zum Beispiel der Abstimmung über den UNO-Beitritt (1986) oder die EWR-Teilnahme (1992) ist die Beteiligung überdurchschnittlich, wobei dann allerdings vor allem das Nein-Kontingent anwächst. Von den nicht regelmäßig an Wahlen und Abstimmungen teilnehmenden Bürgern lassen sich naturgemäß eher die Kritiker als die Befürworter mobilisieren.

Konkordanz mit Spannungen

Wenn die wichtigste Opposition – vereinfacht gesprochen – das Volk ist, das in weitem Umfang konkreten Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess nehmen kann, muss folglich seitens der Regierung und der sie tragenden Parteien besonders intensiv zusammengearbeitet werden. Das Schweizer Regierungssystem mit seiner übergroßen Koalition, häufig auch *Konkordanzdemokratie* genannt, ist somit die *Folge der direktdemokratischen Elemente* in der Bundesverfassung.

Die Regierung („Bundesrat“) ist durch die Verfassung als siebenköpfiges, kollegiales Exekutivorgan definiert.⁹⁾ Sie setzt sich seit 1959 unverändert aus je zwei Bundesräten der FDP, der CVP, der SP und einem Vertreter der SVP zusammen. Jeder Bundesrat leitet ein Departement der Bundesverwaltung,¹⁰⁾ wobei die Ressortverteilung bundesratsintern nach dem Anciennitätsprinzip geregelt wird. Für das Jahr 2003 wurde der freisinnige Bundesrat Pascal Couchepin von der Vereinigten Bundesversammlung (Nationalrat plus Ständerat) zum Bundespräsidenten gewählt.

9) Vgl. Art. 174ff. Bundesverfassung (BV 1999).

10) Vgl. Art. 178 BV.

11) Bundesrat Villiger hatte im Sommer 2003 seinen Rücktritt für Ende des Jahres angekündigt. Die Frage, welche(r) freisinnige Politiker(in) für die Nachfolge in Frage kommen könnte, war anders als bei früheren Wahlen diesmal kein Wahlkampftema.

■ Tabelle 5: Die Mitglieder des Bundesrates und ihre Amtsdauer

	Kanton	Partei	Amtsantritt
<i>Villiger, Kaspar</i>	LU	FDP	1989 ¹¹⁾
Leuenberger, Moritz	ZH	SP	1995
Couchepin, Pascal	VS	FDP	1998
Deiss, Joseph	FR	CVP	1999
Metzler-Arnold, Ruth	AI	CVP	1999
Schmid, Samuel	BE	SVP	2001
Calmy-Rey, Micheline	GE	SP	2003
Quelle: http://www.admin.ch/ch/d/cf/index.html und eigene Recherchen.			

Da in der Regierung neben dem *Partei-* zugleich auch ein *Sprach- und Regionalproporz* zu beachten ist (vgl. *Tabelle 5*), wird die Zusammensetzung landläufig als „*Zauberformel*“ bezeichnet, vermutlich weil es einem Wunder gleichkommt, dass sieben qualifizierte Personen gleichzeitig den erforderlichen Kriterien entsprechen. Um langfristig politischen Erfolg zu haben, braucht die Regierung den Rückhalt der sie stützenden Parteien und Fraktionen und eine starke politische Rückkopplung.

Wahlrecht und Wahlsystem

Bei den *Nationalratswahlen* gilt seit 1919 landesweit das *Proporzwahlrecht*, doch wird die „reine Lehre“ des Proporzprinzips durch die unterschiedliche Größe der Wahlkreise zum Teil drastisch verzerrt. Trotz prinzipieller *Zählwertgleichheit* (allgemeines Wahlrecht) besteht kein gleicher *Erfolgswert*. Jeder Kanton bildet einen Wahlkreis, dabei gibt es aber keine Sperrklausel (Vgl. *Tabelle 6*). Dementsprechend

gilt in den kleinen Kantonen, die nur einen Nationalrat stellen, faktisch das (relative) Mehrheitswahlrecht („Majorz Kantone“), in großen Kantonen dagegen genügen bereits rund drei Prozent der Wählerstimmen für den Gewinn eines Nationalratsplatzes. Damit kein allzu großer Anteil an Stimmen bei der Mandatsverteilung auf Kantonsebene unberücksichtigt bleibt, nutzen aber auch die großen Parteien die wahlrechtliche Möglichkeit von Listen- und Unterlistenverbindungen.

■ Tabelle 6: Zuteilung der National- und Ständeratsmandate 2003

Kanton:		NR	SR
Zürich	ZH	34	2
Bern	BE	26 (- 1)	2
Luzern	LU	10	2
Uri	UR	1	2
Schwyz	SZ	4 (+ 1)	2
Obwalden	OW	1	1
Nidwalden	NW	1	1
Glarus	GL	1	2
Zug	ZG	3	2
Freiburg	FR	7 (+ 1)	2
Solothurn	SO	7	2
Basel-Stadt	BS	5 (- 1)	1
Baselland	BL	7	1
Schaffhausen	SH	2	2
Appenzell-Ausserrhoden	AR	1 (- 1)	1
Appenzell-Innerrhoden	AI	1	1
St. Gallen	SG	12	2
Graubünden	GR	5	2
Aargau	AG	15	2
Thurgau	TG	6	2
Tessin	TI	8	2
Waadt	VD	18 (+ 1)	2
Wallis	VS	7	2
Neuenburg	NE	5	2
Genf	GE	11	2
Jura	JU	2	2
Summe:		200	46
Quelle: Bundesamt für Statistik und eigene Zusammenstellung. Die Auflistung erfolgt gemäß der Amtlichen Reihenfolge der Kantone. Veränderungen bei der Sitzverteilung aufgrund der Ergebnisse der Volkszählung 2000.			

Sinn des Proporzwahlrechtes ist es gleichwohl, gerade in der kleinkammerigen Schweiz mit ihren sich vielfach überlappenden Minderheitssituationen – sprachliche und konfessionelle Verschiedenheiten, Stadt-Land-Gegensatz etc. – im Nationalrat eine möglichst genaue Abbildung der Bevölkerung zu erreichen. Jeder Wähler hat bei der Wahl so viele Stimmen wie der jeweilige Kanton Nationalratsmandate hat. Dabei besteht zudem die Möglichkeit, diese Stimmen partei- und listenübergreifend auf beliebige Kandidaten des Kantons zu verteilen (*panaschieren*), Kandidaten doppelt zu wählen (*kumulieren*), es kann aber auch für unveränderte (Partei-)Listen (ggf. mit Streichungen) votiert werden.¹²⁾

■ Die Parteien im Wahlkampf 2003

Der Wahlkampf im Jahr 2003 behandelte sowohl zentrale Punkte der ablaufenden Legislaturperiode als auch grundsätzliche Fragen, die die Zukunft der Schweiz betreffen. Standen die beiden vergangenen Wahlen schwerpunktmäßig im Zeichen der Beziehungen zur EU, war diesmal der Wahlkampf vor allem durch Wirtschaftsfragen und innenpolitische Themen dominiert. Angesichts der auch in der Schweiz spürbaren Wachstumsschwäche und steigender Haushaltsdefizite standen Steuer-, Finanz- und Sozialversicherungsthemen weit oben auf der Wahlkampfagenda. Hinzu kamen Fragen der inneren Sicherheit und Aspekte der Umweltpolitik.

Bei den Wirtschaftsthemen wurde im Wahlkampf besonders die kritische Lage der Krankenversicherungen und Rentenkassen (AHV/IV) diskutiert, aber auch der Konkurs der Swissair und die Krise des Nachfolgeunternehmens „Swiss“ brachte nicht jeder Partei Stimmen. Gerade Kandidaten der klassischen „Wirtschaftspartei“ FDP wurden wegen der personellen Beteiligung an den Managementkandalen beim Wähler besonders spürbar abgestraft. Prozentual sind die Verluste der FDP noch größer als bei der CVP, auch wenn diese als nunmehr vierte Kraft stärker im Rampenlicht steht.

Der klimatisch extrem heiße Sommer 2003 mit Dürreschäden und Gletscherschwund brachte unerwartet Umweltfragen in den Wahlkampf, wovon vermutlich am ehesten die Grünen profitierten.

12) Vgl. dazu grundlegend: Wolf Linder, *Schweizerische Demokratie. Institutionen, Prozesse, Perspektiven*, Bern 1999.

Beim Thema Innere Sicherheit wurden die mehrfachen Krawalle beim Weltwirtschaftsforum in Davos bzw. im Zusammenhang mit dem G-8-Treffen von Evian in Genf und Lausanne in Erinnerung gerufen. Während auf der Linken das behördliche Vorgehen als zu scharf kritisiert wurde, wurde der Umgang mit den Demonstranten von der rechtsbürgerlichen SVP als allzu zurückhaltend kommentiert. So konnten vor allem die politischen Flügel vom Thema Innere Sicherheit profitieren, während die Mitte-Parteien FDP und CVP, deren Repräsentanten auch thematisch verantwortlich waren, daraus keinen Nutzen ziehen konnten.

Ähnliches gilt beim Asyl- und Ausländerthema, wo die Schweizer Regierung mit der EU um die Teilnahme am Schengener bzw. Dubliner Übereinkommen verhandelt, während prominente SVP-Politiker bereits mit einem Referendum gegen die neuen bilateralen Verträge mit der EU drohen. Das Verhältnis zu den Nachbarn in der EU ist zudem vom gekündigten Luftverkehrsübereinkommen mit Deutschland belastet. Die Frage der Landeanflugschneisen zum größten Schweizer Flughafen Zürich-Kloten überlagerte somit ebenfalls den Wahlkampf 2003.

Solche Themen griff die SVP dankbar auf und bündelte die damit verbundene Unzufriedenheit mit populären bis populistischen Parolen. Nachdem schon die vergangenen Wahlkämpfe mit fragwürdigen Plakaten gestaltet worden waren (1995 das berühmte Stiefel-Plakat mit einem EU-Stiefel, der auf einen eidgenössischen Stimmausweis tritt), krächte diesmal auf den SVP-Plakaten ein gerupftes Huhn: „Das haben wir den anderen Parteien zu verdanken!“

Die SVP wandte so eine Strategie an, die schon bei den Wahlen zuvor erfolgreich war. Als „Inner-Regierungs-Opposition“ kritisierte speziell der lautstarke Zürcher Blocher-Flügel die „Misswirtschaft“ der Koalitionspartner und empfahl sich als Alternative. Indem sie so als Anwalt der Bürger gegen die anderen Parteien auftrat, gelang es der SVP, die Stimmen der politisch Unzufriedenen zu sammeln und ihrem Konto gutzuschreiben. Die SP, die 1995 unter dem damaligen Vorsitzenden Bodenmann ähnlich operiert hatte – und entsprechend erfolgreich war – konnte mit zahmerem Auftreten seitdem nicht mehr in gleichem Maß zulegen.

Doch solche Polarisierung zahlte sich für die *Schweizerische Volkspartei (SVP)* bei den eidgenössischen Wahlen auch diesmal in Stimmen und Sitzen aus: Der bisherige Juniorpartner in der Landesregierung, entstanden 1918 als Abspaltung des Freisinns (bis 1971 unter dem Namen „Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei“), hatte bis Anfang der neunziger Jahre überwiegend nur in deutschsprachigen und dabei traditionell reformiert geprägten Kantonen kandidiert. Nachdem die SVP 1995 und 1999 in verschiedenen weiteren Kantonen (Luzern, St. Gallen, Solothurn, Zug, Basel-Stadt, Appenzell-Innerrhoden, Jura, Waadt) erstmals Kandidaten für die Nationalratswahlen aufgestellt hatte, trat sie nun bei den Wahlen 2003 mit Ausnahme der beiden kleinen Majorzkan- tone Nidwalden und Glarus in allen Kantonen an und konnte dabei zum Teil eklatante Erfolge einfah- ren.¹³⁾

Die SVP hat so im Lauf eines Jahrzehnts nicht nur die kleinen Protestparteien am rechten politischen Rand weitgehend aufgesaugt (dies insbesondere bei der Wahl 1999), sondern inzwischen auch diesseits und jenseits der Sprachgrenzen ihre Position zu Las- ten der bürgerlichen Mitte klar stärken können. Leid- tragende war hier, neben dem Freisinn und den Libe- ralen, vor allem die CVP.

■ CVP unter Druck

Die *Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz (CVP)* befindet sich seit etlichen Jahren in schwerem Fahrwasser. Die CVP ist aus konservativen und fö- deralistischen Strömungen des 19. Jahrhunderts her- vorgegangen und stützt sich noch heute besonders stark auf den katholischen Bevölkerungsteil. Aller- dings ist auch die Schweiz keine heile Welt mehr, die Bindekraft der konfessionellen Milieus nimmt in der Eidgenossenschaft ebenso wie im übrigen Europa sukzessive ab. Gesamtschweizerisch wurde die Partei 1912 zunächst als *Katholisch-Konservative Volkspar- tei (KK)* gegründet, diese wurde 1957 unter dem Ein- fluss des linken Flügels in *Konservativ-christlichso- ziale Volkspartei* umbenannt, mit der Parteireform von 1971 dann in Christlichdemokratische Volkspar- tei.¹⁴⁾

Bis 1993 war die CVP gesamtschweizerisch die stärkste Partei in den Kantonalparlamenten. Durch

13) Im Kanton Neuenburg sprang die SVP aus dem Stand von Null auf 22,4 Prozent.

14) Vgl. dazu: Urs Altermatt, *Katholizismus und Moderne*, 2. Aufl., Zürich 1991, sowie ders., „Die Christlichdemo- kratische Volkspartei der Schweiz 1945-1999“, in: Hans-Joachim Veen (Hg.), *Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa*, Bd. 5, Pader- born 2000, S. 35–115.

Verluste an die rechtsbürgerliche SVP, auch und gerade in ihren Kernlanden, der Innerschweiz, musste sie diese Position an die FDP abgeben. Aufgrund des langjährigen Erosionsprozesses haftet der CVP inzwischen das unvorteilhafte Image der „Verliererpartei“ an.

Traditionell ist die CVP die Partei, die eine Brücke in alle Landesteile bildet und so eine besondere politische Integrations- und Klammerfunktion ausübt.¹⁵⁾ Mittlerweile ist es aber auch der SVP gelungen, in der Zentralschweiz, im Tessin und in allen Kantonen der Westschweiz Fuß zu fassen und so der CVP diese Klammerfunktion streitig zu machen.

15) Die CVP Schweiz ist diejenige christlich orientierte Partei, die am längsten ununterbrochen (seit 1891) in Europa in der Regierungsverantwortung steht.

Ursache der langjährigen Schwäche der CVP ist eine diffuse Identität der Partei, aufgrund derer es ihr immer schlechter gelingt, ihre politischen Ziele in der Öffentlichkeit glaubwürdig zu vermitteln. Seit 1990 hat die CVP mittlerweile den fünften Parteipräsidenten. Nach Eva Segmüller (SG, 1987–1992), die als erste Frau Vorsitzende einer Schweizerischen Partei war, amtierten – zum Teil nur eine Amtsdauer lang – Carlo Schmid (AI, 1992–1994), Anton Cottier (FR, 1994–1996), Adalbert Durrer (OW, 1997–2001) und nun Philipp Stähelin (seit 2001), wobei auch dieser angesichts des erneut schlechten Wahlergebnisses am Wahlsonntag 2003 seinen Rücktritt anbot. Sicher ist es positiv und ein Vorbild für andere Länder, wenn mit rechtzeitiger Amtsübergabe der Machtverkrustung und politischen Erstarrung entgegengewirkt werden soll, allerdings drängt sich hier bei einem neutralen Beobachter schon eher der Eindruck einer Flucht aus der Verantwortung auf.

Hintergrund der tendenziellen Schwäche und nur begrenzten Durchsetzungsfähigkeit der Parteipräsidenten ist zum einen die Stärke der CVP-Kantonalsektionen, zum anderen aber das schon seit langen Jahren unscharfe politische Profil der Partei. Während die CVP in den siebziger und achtziger Jahren noch als „Partei der Mitte“ agierte, versuchte man mit dem Weinfeldener Programm von 1991 unter dem Titel „Zukunft für alle“ eine neue Richtung einzuschlagen. Nur bedingt erfolgreich präsentierte sich die CVP ab 1994 mit verändertem Logo und einem neuen Schwerpunktprogramm. In der Folge trat die Partei als „Kraft im Zentrum“ auf, die nicht in der politischen „Mitte“ zwischen links und rechts laviere, son-

dern Politik auf der Grundlage eigenständiger klarer Werte machen wolle. Dabei ist das christliche Menschen- und Weltbild unverändert Fundament ihres politischen Handelns.

Schwerpunkte der CVP-Politik sind: 1.) Förderung der Sozialen Marktwirtschaft, 2.) Stellung der Familien in der Gesellschaft sowie 3.) die Erneuerung der nationalen Identität verbunden mit der Öffnung der Schweiz. Mit diesem magischen Dreieck versuchte die CVP Antworten auf komplizierte politische Themen zu finden, sei es die Sanierung der Bundesfinanzen, die strittige Frage einer Mutterschaftsversicherung oder die künftige Haltung der Schweiz zur Europäischen Union.

Mit wechselnden und zum Teil überraschenden Positionierungen gelang es der CVP aber in den vergangenen Jahren nicht, potenzielle neue Wähler zu gewinnen, ohne zugleich die traditionelle Klientel zu verprellen.

Deutlich erkennbar ist dabei eine Spaltung der CVP in zwei innerparteiliche Lager: Einem eher wirtschaftsnahen Flügel¹⁶⁾ steht der traditionell christlich-soziale Flügel der Partei¹⁷⁾ gegenüber, wobei in der Vergangenheit bei kantonalen und lokalen Wahlen die CVP wiederholt nicht nur mit separaten Frauen- oder Junge-CVP-Listen, sondern auch mit eigenständigen CSP- und CVP-Wirtschaftslisten angetreten ist.

Außenpolitisch sprach sich die Landes-CVP 1998 nach langem Lavieren überraschend klar für einen langfristigen EU-Beitritt aus, machte dabei allerdings zu Recht auf viele noch ungeklärte Probleme in dieser Frage aufmerksam. Ebenso unterstützten die CVP-Delegierten 2001 mehrheitlich die EU-Beitrittsinitiative, die vom Volk deutlich verworfen wurde.¹⁸⁾ Die meisten Kantonalsektionen plädierten allerdings mit Nein. Deutlich wurde dabei die inhaltliche Zerrissenheit der CVP hinsichtlich ihres eigenen Schwerpunktprogramms. Als Gegenposition zum Mitte-Links-Kurs in der CVP-Parlamentsfraktion wurde 2001 eine neue parlamentarische Untergruppe „Werte und Gesellschaft“ gegründet mit dem Ziel, der SVP deutlicher entgegenzutreten, die in den neunziger Jahren auch in den CVP-Stammländern kontinuierlich an Boden gewann.

Allerdings halfen alle diese Schritte nicht, um die kontinuierlichen Verluste bei den kantonalen und

16) Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft (AWG).

17) Christlichsoziale Gruppe in der CVP (CSP). Vier unabhängige, zur CVP in Konkurrenz stehende CSP-Kantonalparteien (Fribourg, Jura, Luzern und Zürich) haben sich 1997 auf eidgenössischer Ebene zur „Christlich-sozialen Partei Schweiz (CSP Schweiz)“ zusammengeschlossen.

18) Vgl. Burkard Steppacher, „Helvetische Serpentina auf dem Weg nach Europa“, in: *Welt-Report*, Mai 2001, S. 16–19.

eidgenössischen Wahlen einzudämmen. Der prozentuale Wähleranteil der CVP, der in den sechziger Jahren noch bei rund 23 Prozent lag, ist nun auf 14,4 Prozent gesunken (vgl. Grafik 1 und Tabelle 2).

In einer sich wandelnden Gesellschaft, in der politische, soziale und kirchliche Bindungen schwächer werden, hat auch die CVP Probleme damit, bisherige Wähler zu halten und potenzielle Neuwähler zu gewinnen. Dass vor der Wahl 2003 für die CVP noch erheblich höhere Verluste prognostiziert wurden, ist angesichts des klar bestätigten vierten Platzes nur ein geringer Trost. Die Verluste werden allenfalls relativiert durch den noch immer traditionell hohen Anteil der CVP-Ständerate in der kleinen Kammer, so dass der Einfluss der CVP im Parlament insgesamt doch höher einzustufen ist, als es die reinen Prozentzahlen vermuten lassen.

■ Auswirkungen auf die Bundesratswahl und die neue Legislatur

Was bedeutet dieses Wahlergebnis für die Politik der Schweiz in den kommenden Jahren?

Die Schweizerische Volkspartei (SVP) ist der klare Gewinner der Eidgenössischen Wahlen 2003. Dementsprechend fordert die SVP eine stärkere inhaltliche und personelle Berücksichtigung ihrer Positionen auf eidgenössischer Ebene, speziell im siebenköpfigen Bundesrat.

Als Folge des Wahlergebnisses, dessen Hauptmerkmal eine deutliche parteipolitische Polarisierung bei gleichzeitig geschwächter Mitte ist, eröffnen sich nun drei denkbare Szenarien, deren Wahrscheinlichkeit im Folgenden kurz diskutiert werden soll:

Drei Szenarien

Das erste Szenario geht von einer parteipolitisch unveränderten Zusammensetzung des Bundesrates aus. Dies würde allerdings krass dem Wählerwillen widersprechen und hätte vermutlich keinen längeren Bestand. Eine solche Zauberformel *comme toujours* wäre nur mehr „fauler Zauber“ und eine Scheinkonkordanz auf Abruf. Schon beim nächsten Rücktritt eines Bundesrates stünde die Regierungszusammensetzung mit Sicherheit wieder auf der Agenda.

Das zweite Szenario nimmt eine Anpassung der seit 1959 bestehenden Zauberformel an die neuen

Parteistärken an. Aber auch dies ist nicht ohne Risiko: Es erfordert zunächst von Seiten der CVP einen beachtlichen Verzicht beziehungsweise das Akzeptieren einer Abwahl. Zugleich muss eine Veränderung der inneren Gewichte im Bundesrat mit ihren Folgen auch von den anderen Parteien akzeptiert werden. Die Polarisierung der Bundesratsparteien – Stärkung von SVP und in kleinem Umfang auch der SP bei stagnierender bis schwächerer Mitte – dürfte das Regieren künftig nicht einfacher machen.

Das dritte Szenario geht von einem Auseinanderfallen der bisherigen Vierer-Koalition in den nächsten Wochen aus. Als Alternativen kämen entweder eine Mitte-Links-Regierung (ohne SVP, aber mit den Grünen) oder eine Mitte-Rechts-Regierung (ohne SP) in Frage. Beide Varianten sind je nach Entwicklung der Diskussion in den nächsten Wochen nicht völlig ausgeschlossen, allerdings würde damit bewusst eine Abkehr von der jahrzehntelangen Konkordanz vorgenommen. Beide Fälle dieses dritten Szenarios hätten zur Konsequenz, dass neben den kleinen Oppositionsparteien ein weiterer, beachtlicher Teil von rund 25 Prozent der Wähler nicht mehr in der Landesregierung repräsentiert wäre. In beiden Varianten wäre die Regierung dann zwar in ihrem Reden und Handeln möglicherweise politisch glaubwürdiger und geschlossener, angesichts der latenten Referendumsdrohung wäre sie aber nicht automatisch erfolgreicher, da die „Abwahl“ bzw. Delegitimierung viermal im Jahr an der Urne erfolgen kann.

Ein Aufgeben der Konkordanz, im Sinne eines Systemwechsels hin zu einer Konkurrenzregierung, erscheint daher – trotz der gegenwärtigen Spannungen zwischen den Bundesratsparteien – eher unwahrscheinlich, da eine „Kleine Koalition“ politisch zu schwach gegenüber der (außer-)parlamentarischen Opposition wäre. In der Konsequenz würde die Versuchung zunehmen, mit den Instrumenten der direkten Demokratie auf das Handeln oder Nichthandeln der repräsentativen Organe einzuwirken. Nur mit der Einbindung der Wählerklientel *aller vier* Parteien können die repräsentativen Institutionen (Parlament, Regierung) angesichts der starken direktdemokratischen Mechanismen ihre Handlungsfähigkeit dauerhaft sichern.

Die größten Erfolgsaussichten dürfte somit angesichts der strukturellen Besonderheiten des politischen Systems der Schweiz eine neujustierte Konkordanzregierung (Szenario II: veränderte Zauberformel) haben.

Das Manuskript wurde am 26.10.2003 abgeschlossen.